

ihren Regierung, mit Deutschland einen Schiedsgerichtsbund abzuschließen. Die Tschechoslowakei will also nicht unbedingt mit Polen durch die Luft gehen. Aber sie wird sich auch künftig den englisch-französischen Wünschen fügen.

**Was will Polen?** Die polnische Außenpolitik handelt seit Gründung des polnischen Staates im schärfsten Gegensatz zu Deutschland und Rußland. Durch ein enges militärisches Bündnis mit Frankreich will die regierende Schicht Polens ihre Machtstellung verteidigen. Polen bestrebt aufs äußerste jede Formulierung eines Ostpakt, die nicht unbefugte Aufrechterhaltung der polnischen Grenze einschließt. Bisher hat Polen alle Auslässe, sich mit Hilfe Frankreichs in dieser Hinsicht durchzusetzen. Bemerkenswert ist eine in letzter Zeit auftretende Strömung eines Teiles der polnischen Bourgeoisie, den Gegensatz zu Deutschland irgendwelche Zugeständnisse machen. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde auch von polnischer Seite als völlige Bindung der deutschen Außenpolitik und als Verzicht Deutschlands auf Veränderung seiner Ostgrenze angesehen werden.

Zusammenfassend müssen wir feststellen: Trotz aller Gegensätze der Orientierung untereinander sind sie doch alle darin einig, daß Deutschland vorbehaltlos dem Völkerbund beitreten muß. Das bedeutet den Anschluß der deutschen Bourgeoisie an die gemeinsame Außenpolitik der Entente, die Bewahrung des Versailler Friedens und den Eintritt Deutschlands in die anti-bolschewistische Kampffront, die von der englischen Regierung organisiert wird.

### Das Geheimnis der Preisabbauepidemie

Was wird aus dem Preisabbau am 1. Oktober?

In diesem Herbst beginnt die Dameschraube stärker zu drehen. Die Industriekontrollen nehmen seit September an Zahlenspannung zu. Die Linsen, welche für Auslandscredite besorgt werden müßten, schwellen immer mehr an. Eine sich hin- und herwandelnde Kette wird in wellenförmiger Form bald wieder abblauen — von einem Jurek auf den anderen überzittert. Der Jurekmarkt ist durch die Schandlöhne, die Inflationsentwertung der Mittelschichten und die Wucherpreise jetzt eingeregelt.

In den Preisen stehen neben den Ausbeuterprozenten noch Kostfaktoren für die Unternehmer. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist schwer. Das fremde Kapital dringt immer härter herein.

Zum Herbst drohen und drohen der deutschen Ausbeuterschaft schwere Lohnkämpfe. Zahlreiche Tarife der wichtigsten Branchen liegen und lauern noch in den Herbstmonaten ab. Das Lohnniveau ist durch die Preissteigerungen erheblich gesunken. Wegen des Rückgangs hilft der Schwindelberg nichts.

Diese drohende Welle von Lohnkämpfen und Kämpfen erfüllt die Ausbeuter mit schweren Sorgen um die Profite.

Auf der anderen Seite war ein vorzüglicher Ausfall der Ernte bereits feststehend. Die preisdrückende Wirkung dieser guten Ernte war noch auszumachen. Die Ausbeuter liegen also durch ihre Regierung diese Preisabbauepidemie los, um auf die Lohnforderungen stärker zu drücken, die Kampfkraft der Arbeiter durch Millionen zu lähmen und den um die kapitalistische Wirtschaft stützenden Gewerkschaftsführern Formidabel für eine die Profitrate der Ausbeuter schonende Gewerkschaftspolitik zu schaffen.

Die Luther-Regierung als Repräsentantin des Bundes der Industrie- und Kapitalisten und der Großagraren wußte natürlich ganz genau, daß sie die preisdrückende Wirkung der Ernte wieder aufheben muß, damit die deutschnationalen Agrarier ausreichend das Volk bewachen können. Denn zum Suizid und Vernichtung hat man ja nicht die Staatsgewalt. Die Luther-Regierung setzte also mit Hilfe der sozialdemokratischen Preußen-Minister die Einfuhrzölle durch, welche durch Verschlebung der Ernte ins Ausland die Inlandspreise hochtreiben müßten und werden. (Schon heute werden Oktoberernte in Roggen mit 177 M. die Tonne abgeschlossen, während der Tagespreis 168 M. die Tonne beträgt!)

Also mit dem Preisabbau ist es nichts. Dagegen ist es durchaus möglich, daß für eine kurze Zeit die Preise um den ersten Oktober herum wirklich heruntergehen. Sie wären ja längst viel tiefer herunter, wenn wir keine Ausbeuterregierung hätten, die die Profite läßt und den Preistreibern hilft. Die Preise können schon für eine Weile gehalten oder gar senkt werden. Für diese Weile, in der die wichtigsten Lohnbewegungen abgeschlossen werden. Und die Ausbeuter nähren die von ihnen mit Hilfe ihrer Regierung aufgesetzene „Preisabbau“-Aktion aus, um mit Lohnsenkungen, die längst nicht einmal die bisherigen Preissteigerungen ausgleichen, Tarife bis zum März, möglichst sogar bis zum April abzuschließen! Das Geheimnis dieses Geschäftes ist, daß dann im Spätherbst und im Winter, wenn die Preise ganz erheblich in die Höhe gegangen sein werden, die Millionen durch langfristige Tarifverträge geschnittenen Proleten ja täglich Millionen Mark an die Ausbeuter zahlen werden — auf dem Wege unzureichender Löhne.

Man stelle sich erst einmal vor, was es heißt, wenn 1. B. die zwei Millionen Metallarbeiter infolge der so gut wie sicher eintretenden Preissteigerungen in der Stunde nur 5 Pf. weniger Reallohn haben, wie zur Zeit des Tarifabschlusses! Das sind in 8 Stunden 40 Pf. oder 800.000 M. täglich oder 20 Millionen in einem Monat, den Monat zu 25 Tagen gerechnet! Wenn bei den Metallarbeitern! Nun rechne man das auf die etwa 22 Millionen des Gesamtproletariats um! Das wären täglich acht Millionen achtshunderttausend oder monatlich 220 Millionen Mark — bei nur lumpigen 5 Pfennigen Reallohnverlust durch Preissteigerung.

Auf dieses Geschäft rechnen die Ausbeuter und deshalb kämpfen sie um langfristige Tarife.

Dies Geschäft zu sichern und möglichst ertragreich zu gestalten, das ist die Aufgabe der Preisabbauepidemie dieser Preistreiber-Regierung!

### Rein Zutammentritt des Reichstages

Im Kellerausschuß des Reichstages, der am Sonnabend vormittag tagte, beantragten die Kommunisten den sofortigen Zutammentritt des Reichstages für Dienstag den 29. September. Sie forderten, daß die Note mit der Zustimmung zum Sicherheitspakt auf keinen Fall vor der öffentlichen Besprechung im Reichstag abgelehnt werden dürfe, da gerade jetzt angesichts der kritischen Lage in England und der kriegerischen Vermittlungen Frankreichs die Weltorientierung als besondere Gefahr drohend, nicht achtlos erörtert werden müsse. Außerdem muß der Reichstag zur Teuerung und der von der Luther-Regierung angeführten, aber nicht durchgeführten Preislenkungsaktion Stellung nehmen. Das Preislenkungsgerede sei nur zur Lohnrückerei gegenüber den Arbeitern benutzt worden; im übrigen habe aber

Die in Heidelberg geschlagenen „Linken“ befinden sich naturgemäß in einer schlechten Position. Die Delegierten Krz, Dol und Genossen haben auf dem Heidelberger Parteitag die Forderungen ihrer Mitglieder schlecht vertreten. Die Rückkehr von Heidelberg verpflichtet sie, für die Rechte einzutreten. Wie wenig die Mitglieder gewillt sind, diese Unterwerfung mitzumachen, zeigt die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen von Leipzig, Zwickau usw. Überall lehnten die Mitglieder die Beschlüsse des Heidelberger Parteitages ab. Die „Linken“ Führer, denen hier der Mut zu einem konsequenten Schritt fehlt, bemühen sich vergeblich, die Erregung der Mitglieder zu dämpfen. In Dresden wagte man es bisher noch nicht, eine Mitgliederversammlung zusammenzurufen. Am Sonnabend fand eine Delegiertenversammlung der SPD statt, in der man zwar die Entschließung der Bezirksverbände billigte, in der aber alle Fragen ungelöste Rätsel blieben. Die geforderte Landtagsauflösung wurde in weite Ferne gerückt. Die Rechte verhielten sich auf diese Frage stumm, nur Bechle erklärte, man müsse erst eine Ursache haben. Toni Sender warf mit feinem Geschick die Theorie des Staates mit Regierungsbildungen durcheinander, so daß sie selber wohl nicht mehr wußte, was sie wollte, und sein Delegierter sie verstanden hat.

Für Bechle war eine der Hauptfragen keine Wieder-einstellung als Sekretär. Hier, wo es um den Posten geht, sind die Linken jetzt schon konsequent, das lehnten sie ab, Bechle wieder einzustellen. Wohl ist es der verwaltene Posten der Linken gelungen, die Delegierten mit der Einheit der Partei zu beruhigen. Wie tief aber die Empörung innerhalb der SPD-Mitglieder ist, zeigt, daß in einer in der vorigen Woche in Dresden-Mitadt, in der Gruppe des Herrn Krz, abgehaltenen Mitgliederversammlung, ein Mitglied unter dem räuspernden Beifall der übergroßen Mehrheit der Versammlung erklärte: der Parteivorstand sei eine formalisierte Schieberbande. Daß angesichts dieser Lage die Linken Schlappschwänze nach einer Ablenkung suchen, ist klar. Wollten sie den Kampf um die Auflösung des Landtages, um die Beteiligung des deutsch-volksparteilichen Einklusses, dann würden sie alles daransetzen, durch den Druck der Arbeiter die Beteiligung dieses Landtages zu erzwingen. Jedoch das würde bedeuten Kampf gegen das Bürgertum. Der Heidelberger Parteitag hat aber das Bündnis mit dem Bürgertum beschloßen. So verhält man, die Front gegen die Kommunisten umzubiegen. „Kommunistisches Durcheinander“ überschreibt das Dresdner SPD-Blatt einen Artikel, der als Konsequenz der SPD-Politik das Ziel aufstellt:

„Um so härter müssen die sozialdemokratischen Organisationen zur Offensive gegen die Trümmer der kommunistischen Partei vorgehen.“

der Hochbahner werden nunmehr über weitere Schritte beraten. Auf diesen strengen Angriff der Hochbahnunternehmer kann es nur eines geben: Organisierung des härtesten Abwehrkampfes. Die übrige Arbeiterschaft kann daran erkennen, was das Gerede von „Stabilisierung der Wirtschaft“, „Preisabbau“ usw. wert ist. Die Kapitalisten wollen sich auf Kosten der Arbeiter gesund machen. Das ist der Sinn der Erfüllungs- und allem, was damit zusammenhängt.

die Preislenkungsaktion der Luther-Regierung schon pleite gemacht. Darüber muß Abrechnung gehalten werden.

Müller-Franken (SPD) erklärte, sich diesen Vorschlägen nicht anschließen zu können, er müsse erst die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses abwarten. Genosse Roenen antwortete darauf, daß die Ausschussverhandlungen Geheimverhandlungen seien, während die Arbeiterschaft offene Antwort fordern müsse. Gegenüber der SPD sei besonders bemerkenswert, daß der englische Gewerkschaftsführer neben anderen Beschlüssen den Damespakt abgelehnt hat, was neben dem roten Freitag aber weitere Steigerung der Massenarbeitslosigkeit und der Wahlüberlage der englischen Regierung in Stockport eine neue Situation geschaffen hat. Dazu muß die organisierte Arbeiterschaft Stellungnahme fordern. Müller-Franken antwortete wieder, daß sie auch zu diesem neuen Moment erst die Entscheidung des Auswärtigen Ausschusses abwarten würden. Wegen der Besprechung der Teuerung behielten sie sich alles Weitere vor.

Die Deutschnationalen lehnten scharf jeden Gedanken an Zutammentritt des Reichstages sowie Stellungnahme zum Sicherheitspakt ab, worauf Grise von den Deutschnationalen, der den kommunistischen Antrag unterstützte, mit einer schweren Attacke gegen die deutschnationale Führung antwortete.

Rechtenbach (Zentrum) und die übrigen Parteiführer schloßen sich aber vorbehaltlos den Deutschnationalen an. Damit war der Zutammentritt des Reichstages für Dienstag abgelehnt. Auf eine Frage unleser Vertreters, ob denn das Präsidium wegen der ansteigenden Teuerung und der Preislenkungsaktion in den nächsten Wochen wenigstens eine Stellungnahme des Reichstages herbeiführen wollte, wurde geantwortet, daß eine Zusammenberufung des Reichstages vor dem geplanten Termin, dem 19. November, nicht beabsichtigt sei.

Dann begannen die geheimen Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß, und über die Teuerungsnot des Volkes wird überhaupt nicht geredet.

### Mecklenburg Schrittmacher der Reaktion

Der Hauptredner auf der Tagung des Landesverbandes der Deutschnationalen Mecklenburgs war der mecklenburgische Ministerpräsident Freiherr von Brandenstein, der die beiden Mecklenburg als „Schrittmacher einer besseren Zeit“ pries und stolz feststellte: „Wir sind das erste Land im deutschen Vaterland, das sich mit Energie und Zielbewußtheit losgerissen hat von dem verderblichen Einfluß der Revolutions- und Nachrevolutionen.“

Der mecklenburgische Ministerpräsident kann dieses „Lob“ für das von ihm vertretene Land sicherlich in Anspruch nehmen. Mecklenburg ist neben Bayern das Land der meisten Fremde. Nicht ganz unbedeutend an dieser Reaktion ist der Landarbeiterverband, der, anstatt dort den Landarbeitern in ihren Kämpfen zu Hilfe zu kommen, diese erdrückend half und damit der Reaktion Vorpostendienste leistete.

### Borkhof der Schulreaktion in Braunschweig

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, hat der braunschweigische Minister für Volksbildung die bisher bestehenden Schulverhältnisse aufgehoben, durch die in Braunschweig die weltliche Schule eingeführt war. Die neue Verfügung erklärt, die lutherischen Gemeindefschulen und die römisch-katholischen höheren Schulen seien gemäß dem Gesetz von 1913 (II) Bekenntnisschulen. Die religiösen Schul- und Klassenandachten müssen wieder aufgenommen werden. Die „Leistungen“ in der Religionslehre sind im Schülerzeugnis zu bewerten.

### Neue Angriffe auf die Rechte der Arbeiter

Am Donnerstag den 24. d. Mis haben Verhandlungen stattgefunden über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das technische Personal der Berliner Hochbahn. Die Direktion der Hochbahn verlangt die weitere tarifliche Festlegung der notwendigen Arbeitszeit und darüber hinaus eine Verringerung der Lohnsätze für das gesamte Personal. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Organisationen

Das Wesen sozialdemokratischer Politik ist also Kampf gegen die Kommunisten. Es gibt aber nur zwei Wege: entweder mit den Kommunisten gegen das Bürgertum, oder mit dem Bürgertum gegen die Kommunisten.

Was gibt den Scheitern der SPD-Zeitungen die Weltform zu ihrer Aufforderung? Nun, die üblichen Nebenarten; die KPD, sei nach der Auffassung der SPD wieder einmal bankrott. Sie, die Freunde des Bürgertums, glauben, wie die Kasseier aus der Disziplin der revolutionären Arbeiter über die Taktik, geminnen zu können. Sie werden sich irren. Sie werden die KPD nicht verwirren können, wenn sie zum Teil mit rechten, zum Teil mit ultralinken Anleihen die Arbeiter zu überlisteln versuchen. Die SPD-Schreiber brauchen der KPD nicht zu signalisieren, daß „der rechte Apparat“ sich anlehnt, die KPD zu übernehmen. Vor Gefahren weiß die KPD sich allein zu schützen, dazu braucht sie nicht den Rat der Helfer des Bürgertums.

Die Berunglimpfungen der Führer der KPD, die Ausfälle über die „phänomenale Dummelei“ Thälmanns seien nur den Grad der geistigen Verblöschung einer Anzahl SPD-Führer und stehen auf dem gleichen Niveau wie die von der SPD-Presse verbreiteten Märchen über das vierle Schußjahr Thälmanns. Nicht nur die KPD, sondern auch die SPD-Arbeiter werden dem Zweck dieser Manöver erkennen.

Klar ist ja auch die Schlussfolgerung, das „linke“ Dresdner SPD-Blatt will keinen gemeinsamen Kampf der SPD- und KPD-Arbeiter gegen die Ausbeuter. Es schreibt:

„Die Veruche der bankrotten KPD, auf dem Boden über eine neue „linke“ Gewerkschaftsoption auf Anlehnung an gewisse Vorgänge in der englischen Gewerkschaftsbewegung noch einmal Boden zu finden, müssen rückwärts von Anfang an im Reime erstickt werden.“

Das bedeutet also, die in Heidelberg geschlagenen „Linken“ wollen keinen Kampf um die Foktion, die jetzt noch die Rechte hält. Den Winkler, Wirth, Franz, Elmer, Langhork und Konsorten sollen die Gewerkschaften weiter als Stützpunkt und als Tummelplatz ihrer reaktionären Politik überlassen werden. Das bedeutet mehr wie Unterwerfung, das bedeutet kampflöse Preisgabe an die Rechte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden diese Politik ihrer Führer nicht mitmachen. Sie werden mit den kommunistischen Arbeitern den Kampf um die Beteiligung der Betrüger weiterführen.

### Endgültige Beseitigung des Achtstundentages

Berlin, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung kündigt in einer Deklaration gegen den „Vorwärts“ an, daß das Reichsarbeitsministerium einen umfassenden Gesetzentwurf über die Arbeitszeit bereits fertig gestellt hat, daß es von weiteren Einzelregelungen auf Grund der geltenden vorläufigen Arbeitszeitverordnung absehen zu können glaubt. Das neue Gesetz soll wahrscheinlich im Rahmen des Washingtoner Abkommens den Achtstundentag gesetzlich endgültig aufheben, nachdem die reformistischen Gewerkschaften in der Praxis bei tariflichen Verhandlungen mit Berufung auf die Damespakte bei der Aufhebung mitgeholfen haben.

### Der weiße Terror in Litauen

Romne, 23. September. Die politische Polizei hat gestern abend eine illegale Versammlung von Kommunisten ausgehoben. Dem größten Teil der Anwesenden gelang es, zu entkommen. Nur einige Jungarbeiter konnten verhaftet werden. Die Polizei behauptet, es handle sich um Mitglieder des Zentralkomitees des kommunistischen Jugendverbandes.

In der Nacht vom 22. auf den 23. fanden Waffenhauseinschüßungen und Verhaftungen statt. Es handelt sich um eine neue Terrorwelle, die den Boden für die Kommunistenprojekte vorbereitet soll.

### Genosse Zomsky über die Beschlüsse von Scarborough

Genosse Zomsky ist aus England nach Koston zurückgekehrt und erklärte den Kostoner Pressevertretern:

Die Beschlüsse von Scarborough besitzen eine historische Bedeutung, soweit die englische Gewerkschaftsbewegung den Kampf gegen die politische Reaktion in den bürgerlichen Ländern und die Schaffung der gewerkschaftlichen Weltinternationale als ihre gegenwärtigen Aufgaben erkannte. Die reformistischen Hoffnungen über den Zerfall des englisch-russischen Einheitskomitees brachen zusammen.

Das Komitee, das den Willen von elf Millionen revolutionärer Arbeiter Großbritanniens und der Sowjetunion vertritt, ist zu einem festen Faktor der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung geworden.

Das Komitee wird seinen ganzen Einfluß auf die Arbeitermassen ausbieten, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Die Einheitsfrage ist die Frage der Stärkung oder des Zusammenbruchs der blutig errungenen Rechte der Arbeiterklasse.

### Widir genommen?

Paris, 27. September. Nach einer Meldung aus Madrid hat das spanische Direktorium bekanntgegeben, daß Widir, die Hauptstadt von Ceuta, heute vormittag von spanischen Truppen besetzt worden sei. Primo de Rivera hat erklärt, daß noch nicht ab Widir die Hauptstadt der spanischen Maroffzone werden soll.

### Bisher 20 000 Spanier gelandet

Becken, 28. September. Nach einer Meldung des „Montag“ aus London beträgt die Gesamtzahl der in Sebasta an der marokkanischen Küste gelandeten Soldaten jetzt 20 000. Die Verlaste der spanischen Truppen stellen sich jetzt als schwerer heraus, als ursprünglich angenommen wurde. Die Krankheitsfälle nehmen von Tag zu Tag zu, woran insbesondere der Mangel an Trinkwasser schuld ist.